

Gestern – heute – morgen

Vom 14. bis 21. Juni tagte der *Rat des Lutherischen Weltbundes* (LWB) in Turku (Finnland) mit den Schwerpunktthemen „Bewaffnete Interventionen zur Verteidigung der Menschenrechte“ und „Bedrohungen der Religionsfreiheit“.

Der Rat des Lutherischen Weltbundes (LWB) führt seine nächste *Ratstagung vom 12. bis 19. Juni 2001 in Jerusalem* durch. Er folgt damit einer Einladung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien (ELKJ) und ihres Bischofs, Munib A. Younan. Die jordanische Kirche hat rund 3000 Mitglieder und gehört seit 1974 zum LWB. Sitz der ELKJ ist Jerusalem. Der jährlich tagende LWB-Rat ist das höchste Gremium zwischen den alle sechs oder sieben Jahre stattfindenden Vollversammlungen des LWB. Er besteht aus einem Präsidenten/einer Präsidentin und 48 Mitgliedern und wird von der Vollversammlung gewählt. Die *zehnte Vollversammlung des LWB findet im kanadischen Winnipeg* im Jahre 2003 statt auf Einladung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Kanada (ELKK).

Die *nächste Vollversammlung des Reformierten Weltbundes* soll im Jahr 2004 in *Ghana* stattfinden, beschloss das Exekutivkomitee des Bundes auf einer Tagung in Bangalore, Indien, Ende Juli. Das Thema „Damit alle Leben in Fülle haben“ soll an die letzte Vollversammlung 1997 in Debrecen, Ungarn, anknüpfen, die sich mit Fragen der wirtschaftlichen Gerechtigkeit und der Umweltzerstörung befasste.

Vom 9. Juli bis 15. Juli fand im Koptisch-Orthodoxen Kloster in Höxter-Brenkhausen eine *Internationale Kon-*

sultation des Ökumenischen Rates der Kirchen statt unter dem Thema „*Kirchenverständnis und Mission: Das Verhältnis zwischen unserem Kirchenverständnis und unseren Prioritäten in der Mission, in Theorie und Praxis*“. Es handelte sich um eine gemeinsame Konferenz der beiden Kommissionen des ÖRK „Glauben und Kirchenverfassung“ und „Weltmission und Evangelisation“.

Zum *50-jährigen Bestehen des Zentralrats der Juden in Deutschland*, hat dessen Präsident Paul Spiegel beklagt, dass es immer noch „bittere Niederlagen“ im Kampf gegen den Antisemitismus gebe. Der Zentralrat der Juden wurde am 19. Juli 1950 in Frankfurt am Main gegründet und hat seinen Sitz in Berlin. Zu seinen Aufgaben gehört die Förderung der religiösen und kulturellen Belange der derzeit 83 jüdischen Gemeinden sowie die Vertretung gemeinsamer Interessen gegenüber Bund, Ländern, Parteien und anderen Institutionen. Er verleiht alljährlich den Leo-Baeck-Preis, die höchste Auszeichnung der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland.

Am 28. Juli eröffneten Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn und zahlreiche Frauen aus Politik und Wissenschaft die *erste Internationale Frauenuniversität in Hannover*. Bis zum 15. Oktober nehmen rund 900 Studentinnen aus 115 Ländern an einem Postgraduierten-Studium teil. Auch nach dem 15. Oktober soll die Internationale Frauenuniversität als „Virtuelle Universität“ im Internet (www.vifu.de) weitergeführt werden.

Sechs Jahre nach den ersten Frauenordinationen in der Kirche von England beriet die anglikanische Generalsynode im nordenglischen York über Bischofsweihen für Frauen. Für die Einführung der *Bischofsweihe für Frauen* bedarf es der Zweidrittelmehrheit in der Generalsynode und einer Reihe vom britischen Parlament zu ratifizierenden Gesetzesänderungen. Allgemein wird erwartet, dass die „Scottish Episcopal Church“ als erste der anglikanischen Kirchen in Großbritannien Frauen in den Bischofsstand erheben wird. In den anglikanischen Kirchen in den USA, Kanada und Neuseeland wurden bereits die ersten Bischöfinnen geweiht.

Der Nationale Rat der Kirchen (NCCC) in den USA hat eine neue Ökumene-Initiative gestartet. *Der NCC sei zur Selbstauflösung und zur Schaffung eines neuen Gremiums bereit, wenn darin auch die katholische Kirche mitarbeiten würde*, sagte NCCC-Generalsekretär Robert W. Edgar in einem Interview der US-amerikanischen katholischen Nachrichten-Agentur CNS. Neben der römisch-katholischen Kirche haben auch viele evangelikale und pentekostale Kirchen keine Mitgliedschaft im NCCC. Derzeit gehören dem NCCC 35 verschiedene Kirchen an, überwiegend protestantische und orthodoxe. Der geschäftsführende Ausschuss des NCCC hat den Vorschlag zur Selbstauflösung bereits angenommen. Bis zum Jahr 2003 solle das neue Gremium stehen, „so dass die NCC-Generalversammlung 2003 auch die letzte sein wird“. Er äußerte sich überzeugt, dass es genügend Gemeinsamkeiten zwischen allen christlichen Kirchen gebe, um eine ökumenische Organisation für alle aufbauen zu können.

Die Evangelische Kirche in Deutschland und die Diakonie werden sich *mit zehn Millionen Mark an der Entschädigung ehemaliger NS-Zwangsarbeiter beteiligen*. Der Vorsitzende des Rates der EKD, Präses Manfred Kock, und Diakonie-Präsident Jürgen Gohde, teilten in einer gemeinsamen Erklärung mit, diesen Betrag in die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ einzuzahlen. Auch in Einrichtungen der evangelischen Kirche und ihrer Diakonie seien Zwangsarbeiter beschäftigt gewesen.

Der *Interkulturelle Rat in Deutschland* hat vorgeschlagen, politischen Parteien die staatliche *finanzielle Unterstützung zu streichen*, wenn sie mit Angst vor Fremden Stimmen zu gewinnen suchen. Eine solche Regelung gebe es bereits in Belgien, erklärte der Vorsitzende des Rates, Jürgen Micksch. Als Ablenkungsmanöver bezeichnete er die Diskussion um ein Verbot rechtsextremer und fremdenfeindlicher Parteien, weil fremdenfeindliche Vorurteile aus der Mitte der Gesellschaft kämen: Auch Politiker der großen demokratischen Parteien nutzten die Angst vor Fremden für Wahlkampagnen.

Das *katholische Hilfswerk Misereor* hat Außenminister Joschka Fischer aufgefordert, sich für die *Abschaffung des nach Religionen getrennten Wahlrechts in Pakistan* einzusetzen. Die 1985 vom damaligen Militärdiktator Zia ul-Haq eingeführte Unterscheidung zwischen muslimischen und nichtmuslimischen Wählern habe die Islamisierung des Landes verschärft, erklärte der Geschäftsführer von Misereor, Josef Sayer, in einem Brief an Fischer. Die Abschaffung des getrennten Wahlrechts wäre nach Sayer ein entscheidender Schritt

zur Bekämpfung der religiösen Diskriminierung in Pakistan.

Zur *Förderung einer umweltschonenden Entwicklung in Afrika, Asien und Lateinamerika* ist im Bayerischen Ev. Missionswerk (Neuendettelsau) eine „NordSüdInitiative“ gegründet worden. Der gemeinnützige Verein wolle die Nutzung erneuerbarer Energien voranbringen, Kleinkredite vermitteln und Bildungsprogramme entwickeln, teilte das Missionswerk mit. Im Herbst soll in Tansania eine ähnliche Organisation als afrikanisches Pendant ins Leben gerufen werden. Ihr sollen neben der Ev.-Luth. Kirche in Tansania (Partnerkirche des Bayerischen Missionswerks) auch andere einheimische Kirchen und der Muslimische Rat Tansanias angehören.

Caritas international hat vor einer *humanitären Katastrophe in Angola* gewarnt. Rund eine Million Menschen seien auf Grund des Bürgerkriegs auf internationale Lebensmittelhilfe angewiesen.

Die *Dekade zur Überwindung von Gewalt* soll am 3./4. Februar 2001 während der *Sitzung des Zentralaussschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen in Potsdam und Berlin international eröffnet werden*. Am Samstag Nachmittag soll eine Plenumsitzung des Zentralaussschusses in Potsdam stattfinden. Dort werden die inhaltlichen Grundzüge und die Herausforderungen an die Kirchen benannt, die in der Dekade liegen. Es wird ein „Padare“ eingerichtet werden, ein Ort der Begegnung und des Austausches. In Berlin wird am Sonntag Vormittag ein zentraler Gottesdienst in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche die Dekade feierlich eröffnen.

Seit Anfang 1999 führt die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in

Deutschland (ACK) in Zusammenarbeit mit dem Zentralrat der Juden und dem Zentralrat der Muslime in Deutschland die Aktion *Lade Deine Nachbarn ein* durch. Mit der Einführung des neuen Staatsbürgerschaftsrechts am 1. Januar 2000 müssen Maßnahmen einhergehen, die die Verständigung unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen fördern und verbessern. Die Aktion *Lade Deine Nachbarn ein* will zu Begegnungen, Festen, persönlichen Einladungen und Dialog ermutigen und damit einen Beitrag zur Überwindung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt in unserem Land leisten. Das Anfang 1999 zur Aktion veröffentlichte Impulsheft ist mittlerweile vergriffen. Im neuen *Arbeitsheft II*, das im Oktober erscheint, finden sich didaktische Erwägungen und Modelle, die auf verschiedene Situationen übertragbar sind und zur Umsetzung von Ideen beitragen sollen. Aus dem Inhalt: „Lernen in Begegnungen; Es geht nicht ohne Vorbereitung!; Begegnungsbarrieren“; „Kopftücher – Ein Begegnungsabend nicht nur für Frauen“; „Erkundung im Stadtteil“; „Sport verbindet“; „Menschenrechte“ u.a. Das Arbeitsheft kostet für die neuen Bundesländer DM 3,-, für die alten Bundesländer DM 5,- und kann ab Oktober 2000 bei der Ökumenischen Centrale (Tel. 069-247027-0) bestellt werden. Ergänzend dazu gibt es kostenlos das *Einladungsfaltblatt* zu dieser Aktion, das in den Sprachen Deutsch, Englisch, Französisch, Türkisch, Griechisch, Italienisch, Polnisch, Kroatisch, Russisch und Serbisch vorliegt, und *Plakate* im DIN A-2 und DIN-A 3-Format. Außerdem können für die Durchführung der Aktion immer noch begrenzte finanzielle Hilfen im Rahmen des *Fonds „Fremde werden Freunde“* beantragt werden.